

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis.	17
I. Basisinformationen	19
1. Standort und Definition des betrieblichen Eingliederungsmanagements	19
2. Anwendungsbereich	20
a. Persönlicher Anwendungsbereich	20
b. Sachlicher Anwendungsbereich.	21
aa. Arbeitsunfähigkeit	22
bb. Ermittlung des 6-Wochen-Zeitraums	24
cc. Erneutes Angebot eines betrieblichen Eingliederungsmanagements.	26
dd. Anforderungen an die Betriebsgröße	27
3. Verfahren des betrieblichen Eingliederungsmanagements	27
a. Das Verfahren im Überblick	27
b. Das Verfahren im Einzelnen	28
c. Ziele des Verfahrens.	29
4. Rechte und Pflichten der Beteiligten.	31
a. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	31
aa. Durchführungspflicht des betrieblichen Eingliederungsmanagements.	31
bb. Datenschutz.	34
cc. Ordnungsgemäßes Angebot eines betrieblichen Eingliederungsmanagements.	38
b. Rechte und Pflichten des Beschäftigten.	39
aa. Zustimmung des Beschäftigten.	39
bb. Die Kontaktaufnahme zum Beschäftigten	41
cc. Anordnung ärztlicher Untersuchung nach tarifvertraglichen Regelungen	42

dd.	Initiativrecht des Beschäftigten	45
ee.	Konsequenzen der Zustimmungsverweigerung . . .	45
ff.	Schadensersatzanspruch	46
gg.	Anspruch auf externen Beistand.	48
c.	Rechte und Pflichten des Betriebsrats	48
aa.	Informationsanspruch gem. § 167 Abs. 2 Satz 7 SGB IX, § 80 Abs. 1 BetrVG	48
bb.	Initiativrecht gem. § 167 Abs. 2 Satz 6 SGB IX, § 87 Abs. 1 Nr. 1, 6 und Nr. 7 BetrVG	51
cc.	Sonstige Rechte und Aufgaben des Betriebsrats. . .	58
dd.	Zuständiges Gremium	59
d.	Rechte und Pflichten der Schwerbehindertenvertretung	61
aa.	Einrichtung einer Schwerbehindertenvertretung . .	61
bb.	Aufgaben und Rechte der Schwerbehindertenver- tretung	62
e.	Rechte und Pflichten des Werks- oder Betriebsarztes . .	63
aa.	Bestellung des Betriebsarztes	64
bb.	Aufgaben und Pflichten des Betriebsarztes	64
f.	Rechte und Pflichten der Rehabilitationsträger und des Integrationsamtes	66
aa.	Rehabilitationsträger.	66
bb.	Handlungsspektrum des Integrationsamtes bei Kündigungen	69
cc.	Prozessuale Folgen der Zustimmung des Integra- tionsamtes zu einer Kündigung	71
5.	Abgrenzung zum Krankenrückkehrgespräch	72
a.	Hintergrund von Krankenrückkehrgesprächen	72
b.	Ablauf von Krankenrückkehrgesprächen	73
c.	Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats	74
d.	Rechte des Arbeitnehmers	75
e.	Verhältnis zum betrieblichen Eingliederungsmanage- ment	76
f.	Kollision von Betriebsvereinbarungen zum Kranken- rückkehrgespräch und betrieblichem Eingliederungs- management	77
6.	Regelungsformen für ein betriebliches Eingliederungs- management.	79
a.	Inklusionsvereinbarung	80
b.	Betriebsvereinbarung	80

7. Gestaltungsbereiche eines betrieblichen Eingliederungsmanagements	82
a. Übersicht	82
b. Aufgabenbereiche bei Installation eines betrieblichen Eingliederungsmanagements	82
aa. Analyse des Betriebsgeschehens	83
bb. Erfassung von Arbeitsunfähigkeitsdaten	83
cc. Organisation und Verantwortliche	84
c. Maßnahmenentwicklung	91
d. Fallmanagement	92
e. Wirksamkeitskontrolle	92
8. Auswirkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements auf krankheitsbedingte Kündigungen	94
a. Sozialwidrigkeit einer krankheitsbedingten Kündigung – 3-Stufen-Prüfung	95
aa. Negative Gesundheitsprognose.	96
bb. Erhebliche Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen	98
cc. Interessenabwägung	99
b. Fallgruppen krankheitsbedingter Kündigungen	101
aa. Kündigung wegen Langzeiterkrankung	101
bb. Kündigung wegen häufiger Kurzerkrankungen	102
cc. Kündigung wegen krankheitsbedingter Leistungsminderung	104
c. Verhältnismäßigkeit der Kündigung	105
aa. Ultima-Ratio-Prinzip.	105
bb. Anwendung auf das betriebliche Eingliederungsmanagement	106
cc. Konsequenzen für die Darlegungs- und Beweislast im Kündigungsschutzprozess	109
9. Stufenweise Wiedereingliederung	112
a. Anspruch schwerbehinderter Arbeitnehmer	113
b. Anspruch nicht schwerbehinderter Arbeitnehmer.	114
c. Stufenweise Wiedereingliederung als Mittel eines betrieblichen Eingliederungsmanagements	115
d. Schadensersatzanspruch bei Ablehnung einer stufenweisen Wiedereingliederung	115
10. Betriebliches Eingliederungsmanagement und Rente wegen voller Erwerbsminderung	117

II. Praxisbeispiele	118
1. Fall 1: Krankheitsbedingte Kündigung	118
2. Fall 2: Informationsanspruch des Betriebsrats	120
3. Fall 3: Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats	124
III. Vertiefende Informationen	128
1. Kosten-Nutzen-Analyse	128
2. Übersicht: Krankheitsbedingte Abwesenheit im euro- päischen Vergleich.	131
3. Übersicht: Arbeitsunfähigkeitstage und Krankengeldtage nach Diagnosegruppen	132
4. Übersicht: Institutionen, die zur Unterstützung heran- gezogen werden	134
IV. Checklisten/Arbeitshilfen	136
1. Merkblatt im Krankheitsfall.	136
2. Datenblatt zur Datenerhebung und -auswertung	138
3. Entwurf einer Betriebsvereinbarung	138
a. BEM-Verfahren mittels Integrationsteam	138
b. BEM-Verfahren ohne Integrationsteam	145
4. Maßnahmen im Rahmen eines betrieblichen Eingliede- rungsmanagements	152
V. Musterschreiben	155
1. Anschreiben an langfristig oder mehrfach erkrankte Arbeitnehmer	155
a. Formalisiertes Antwortschreiben zum Einladungs- schreiben	157
b. Datenschutzerklärung	158
2. Widerspruch des Betriebsrats gegen eine Kündigung aus krankheitsbedingten Gründen gem. § 102 Abs. 2 BetrVG	159
3. Widerspruch des Betriebsrats gegen eine Kündigung aus krankheitsbedingten Gründen gem. § 102 Abs. 3 Nr. 3 BetrVG.	160
4. Androhung eines allgemeinen Unterlassungsverfahrens bei Durchführung eines betrieblichen Eingliederungs- managements durch den Arbeitgeber ohne Beteiligung des Betriebsrats	161
5. Beschluss zur Einleitung eines gerichtlichen Unterlas- sungsverfahrens/einstweiligen Verfügungsverfahrens	163

6. Geltendmachung des Informationsanspruchs.	164
7. Aufforderung zu Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement	165
8. Vorbereitungen zur Einberufung der Einigungsstelle – Anschreiben an die/den Einigungsstellenvorsitzende/n . . .	166
9. Vorbereitungen zur Einberufung der Einigungsstelle – Anschreiben an den Arbeitgeber.	167
10. Vorbereitungen zur Einberufung der Einigungsstelle – Beschlussfassung Einleitung des Einigungsstellenverfahrens	168
11. Beauftragung eines Sachverständigen	169
VI. Verzeichnis wichtiger Internetadressen	171
Stichwortverzeichnis	173